Humanistische Union

MITTEILUNGEN

Nr. 48 März 1971 B 20885 E

Aus der Vorstandsarbeit

Von Dr. Hans Robinsohn

Vorstandstätigkeit ist zu einem nicht kleinen Teil Verwaltungsarbeit. So hat der Vorstand die Effektivität der Arbeit der Geschäftsstelle geprüft und festgestellt, daß unter gewissen Voraussetzungen eine weitere Rationalisierung zur Erhöhung der Arbeitsleistung beitragen könnte. Der Vorstand hat daher den Geschäftsführer beauftragt, bessere Büroräume zu suchen, wobei eine obere Mielgrenze festgelegt wurde. Im Ganzen haben sich keine Beanstandunen ergeben, nachdem Buchhaltung, Mahnwesen, Kartei und Ablage funktionieren.

Im Zusammenhang mit der Delegierten-Konferenz deren Vorbereitung gleichfalls vom Vorstand behandelt wurde, soll am Freitag, dem 7. Mai abends eine öffentliche Veranstaltung über das Thema "Gegen die Unterdrückung der Frau - für die Emanzipation des Mannes" durchgeführt werden. Im Jahr_1971 wird ein Seminar veranstaltet über das Thema "Militär in der Demokratie". Erste Antworten auf eine Umfrage bei Mitaliedern, die der Bundeswehr angehören, haben ein erhebliches Interesse bewiesen. Ort und Zeitpunkt liegt noch nicht fest. Interessenten können Näheres zu gegebener Zeit von Herrn Klaus Scheunemann, Frankfurt a./M. erfahren.

Mit einem weiteren Seminar über Vorschulerziehung will der Vorstand erreichen, daß be eingehende Beschäftigung mit Erziehungsfragen weitergeführt und vertieft wird. Dieses Seminar soll vor allem den antiklerikalen Akzent betonen, was bei der neuerlichen Agressivität der Kirchen gegen alle Reformen notwendig ist. Es soll sich weiter mit bestimmten Formen der "antiautoritären" Erziehung auseinandersetzen. Die Vorbereitungsarbeit hierfür hat Frau Junker-John, übernommen.

Weiter ist eine Tagung in München geplant, die dem Fragenkreis "Justiz und Justizkritik" gewidmet sein wird. Die Tagung soll ähnlich gestaltet werden wie die Tagung über "Die Tabus der Deutschen Presse". Diese Tagung wird durch Prof. Sonnemann und den Geschäftsführer der HU vorbereitet werden.

Für das Jahr 1972 ist in Aussicht genommen, sich auf einem Seminar mit der Situation in psychiatrischen Anstalten zu beschäftigen. Darüber können noch keine näheren Angaben gemacht werden.

Kuscht die SPD vor den Kirchen?

Bundestagsfraktion der SPD die Bestimmungen über Pornographie im Rahmen der Strafrechtsreform schärfer als ursprünglich vorgesehen fassen will. Mit Bestürzung nimmt die Humanistische Union zur Kenntnis, daß die SPD unter klerikalem Druck offensichtlich bereit ist, die Reformentwürfe ihres eigenen Justizministers zu desavouieren.

Das rechtspolitische Kernproblem der Pornographieparagraphen ist neben der Informationsfreiheit ihr Verhältnis zum Grundrecht der Kunstfreiheit. Dieser Aspekt wurde in der ideologisierten Diskussion der letzten Zeit völlig verdrängt. Auch die neuen Vorstellungen der SPD-Fraktion vernachlässigen dieses Kernproblem in erschrekkender Weise. Wenn sie so in die endgültige Fassung des Gesetzes Eingang finden,

Delegiertenkonferenz vorverlegt In den letzten "Mitteilungen" wurde die Delegiertenkonferenz für den 15. und 16. Mai 1971 in Köln angekündigt. Technische und organisatorische Umstände, denen leider anders nicht zu begegnen war, zwingen uns die Delegiertenkonferenz um eine Woche vorzuverlegen. Sie findet jetzt endgültig am Samstag und Sonntag, den 8. und 9. Mai 1971 statt. Die Delegiertenkonferenz tagt im Sitzungssaal der Handwerkskammer Köln am Heumarkt. Wir bitten alle interessierten Mitglieder sich diese Terminänderung zu merken.

Der Stimmzettel für die Delegiertenwahlen liegt diesen Mitteilungen bei besteht zu der Befürchtung Anlaß, daß die Pornographieparagraphen des Strafrechts auch weiterhin zur Unterdrückung der Kunstfreiheit mißbraucht werden.

So findet die Humanistische Union z. B. grundsätzlich das beabsichtigte Verbot der Verherrlichung von Krieg und Brutalität erwägenswert. Die beabsichtigte Strafrechtsbestimmung hat aber unbedingt zu berücksichtigen, daß brutale und obszöne gesellschaftliche Verhältnisse ästhetisch auch brutal und obszön reflektiert werden. Diese ästhetische Reflexion darf jedoch weder der Sachlage noch dem Grundgesetz nach auch nur im mindesten behindert werden. Gleichfalls ist wenig gegen die geplante Aufnahme der Straftatbestände des "Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften" in das Strafgesetzbuch zu sagen. Mit allem Nachdruck ist aber daran zu erinnern, daß dieses Gesetz selbst in der derzeitigen Fassung ein Mittel zum Zwecke der Erwachsenenzensur darstellt und oft genug zur verfassungswidrigen Kunstzensur mißbraucht wurde. Es bedarf also dringend der Änderung, bevor erwogen werden kann, seine Straftatbestände im Strafrecht selbst zu verankern. Insbesondere das totale Werbeverbot für sogenannte jugendgefährdende Schriften muß wegfal-

Der Versuch, den Bürger wirkungsvoller vor ungewollter Belästigung durch Pornographie zu schützen wird von uns begrüßt. (Die Humanistische Union zielte mit ihrem Vorschlag, pornographisches Material als Werbemittel zu verbieten in die gleiche Richtung.) Es ist aber davor zu warnen, daß unter dem Vorwand dieser Bemühungen der Grundgehalt der Reform ausgehöhlt und der derzeitige skandalöse Rechtszustand beibehalten wird.

Ein ähnliches Zurückweichen der Regierung von ihren eigenen Entwürfen scheint sich auch in der Frage des Ehescheidungsrechts anzubahnen. Solche Entwicklungen zeigen erneut, wie falsch die in der letzten Zeit öfters geäußerte Ansicht ist, die Aufgaben der Humanistischen Union hätten sich überholt, seitdem in Bonn die sozialliberale Koalition regiert. Die Humanistische Union wird jedenfalls alles, was in ihren Kräften steht tun, um die progressiven Ansätze der geplanten Rechtsreformen soweit als möglich zu retten.

Kurzberichte - Informationen - Einladungen

Protest gegen autoritäre Richter

Die Orstverbände in Bayern haben Ende Januar scharf gegen eine Erklärung des bayerischen Richtervereins protestiert. Der Richterverein hatte die Kritik der Presse am Teufel-Urteil als unsachlich zurückgewiesen und der Presse unterstellt, sie hälle dem betreffenden Gericht Rechtsbeugung vorgeworfen. In Wirklichkeit hatte die Presse sehr nachdrücklich auf die Verletzung des tragenden rechtsstaatlichen Grundsatzes "Im Zweifel für den Angeklagten" im Prozeß hingewiesen. Im Protest der bayerischen Orstverbände heißt es unter anderem: "Nicht die öffentliche Justizkritik untergräbt die richterliche Unabhängligkeit und das Vertrauen in die Richterschaft, sondern die nahezu beispiellose Empfindlichkeit die die Reaktion des bayerischen Richtervereins erkennen läßt. Wer keine Kritik an seinem Urteil verträgt, sollte darauf verzichten Recht zu sprechen."

Zur gleichen Zeit haben die bayerischen Ortsverbände an das Kultusministerium und den Kulturausschuß des Landtages appelliert bei der bevorstehenden Behandlung des Berufschulgesetzes eine echte Mitbestimmung an den Berufschulen einzeführen. Zur Zeit bestehen an den bayerischen Berufschulen nicht mal die rudimentären Ansätze einer Mitbestimmung wie an den anderen Schularten. Die Initiative der bayerischen Ortsverbände beruht auf Arbeitsergebnissen des Arbeitskreises Mitbestimmung beim Ortsverband München.

Aktion Boden- und Mietrecht in Nordrhein-Westfalen

Die Anfrage des Landesverbandes bei den Ortsverbänden und Arbeitskreisen, welches Thema als nächstes überregional behandelt werden sollte, brachte bisher als Vorschlag nur "Boden- und Mietrecht". Das Thema ist zweifellos aktuell und Interessant, allerdings ist die Problematik nicht einfach.

Welcher Ortsverband würde sich der Aktion im September 1971 anschließen? Geplant ist eine Reihe von Podiumsdiskussionen bzw. Vorträgen, Pressekonferenzen und begrenzten Straßenaktionen (ähnlich der Kampagne für die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung). Ferner versucht der Landesverband — wegen der personellen Schwäche der HU — stärker mit den Jungsozialisten und Jungdemokraten ins Gespräch zu kommen.

Der Landesverband wird versuchen, für diese Aktion einen Arbeitskreis ins Leben zu rufen. Wer Informationsmaterial (aus Zeitungen, Verbänden, Partelen) zu diesem Thema hat, schickt es bitte — auch leihweise — an den Landessprecher: H. Klawitter, 43 Essen, Klingemannstr. 16, Landesverband NRW. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, wendet sich an die gleiche Adresse.

Am 5. 2.71 wurde in Mülheim von zahlreichen interessierten Organisationen unter Einschluß der HU die RHEIN-RUHR-AKTION GEGEN UMWELTZERSTÖ-RUNG gegründet. Diese Rhein-Ruhr-Aktion will entsprechend ihrem Vorbild in Frankfurt gezielte Aktionen gegen die zunehmende Umweltzerstörung vor allem durch unkontrollierte Industrieunternehmen durchführen. Wer hat Interesse, im Namen der HU in dieser Gruppe mitzuarbeiten? Interessenten wenden sich an den Landessprecher.

Der Arbeitskreis "Slaat und Kirche" des Landesverbandes hat sich am 23. Januar in Oberhausen konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Herr Dr. Rose, 517 Jülich, Gutenbergstr. 22 gewählt. Der Arbeitskreis will sich mit Probleme der Entkonfessionalisierung des Schulwesens, insbesondere der Beseitigung des konfessionellen Religionsunterrichts und der Einführung eines Lebenskundeoder Religionskundeunterrichts befallen. Er beabsichtigt, bevor Ergebnisse seiner Arbeit vorliegen, eine Meinungsbildung auf möglichst breiter Basis herbelzuführen und seine Forderungen insbesondere mit dem Bundesvorstand abzustimmen. Interessenten an der Arbeit des Arbeitskreises wenden sich bitte an Herrn Dr. Rose.

Am 27. Februar konstituierte sich in Essen der Arbeitskreis "Justiz und Menschenrechte". Aus diesem Anlaß hielt der dann gewählte Vorsitzende des Arbeitskreises Rainer Schepper einen Vortrag zum Thema "Warum die Justiz nicht resozialisieren kann oder warum Gefangene nicht in die Gesellschaft zurück finden".

Drogengebrauch

Der Ortsverband Beden-Baden veranstaltete am 4. Febr. einen örtlich stark beachteten Vortrag des Mitarbeiters der "Zeit" Bernd Nitschke zum Thema "Selbstbefriedigung oder Selbstbefreiung – psychologische und soziologische Konsequenzen des Drogengebrauchs".

Erzlehung zur Mündigkeit

Einen Vortrags- und Diskussionsabend über "Möglichkeiten der Erziehung zur Mündigkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft" veranstaltete der OV Bremen. Der Referent, Dr. Gutte, Fachleiter für pädagogische Psychologie am Bremer Studienseminar, hielt trotz des Drucks einer Gesellschaft, in der auf allen Ebenen ständig Anpassung verlangt wird, eine solche Erziehung zur Mündigkeit in der Schule für möglich. Ziel sollte der politisch beteiligte Bürger sein. Die Erziehung müßte quasi subversiv sein, indem sie die Fähigkeit entwickeln hilft, sich dem Druck zu widersetzen. Sie sollte die Erkenntnis von der Veränderbarkeit der Realität vermitteln. Der Unterricht sollte sich auch mehr Inhalten zuwenden, die aus dem Erfahrungsbereich der Schüler stammen.

Vortrag In Essen

Am 26. März 1971 um 20 Uhr spricht in einer Veranstaltung des Ortsverbandes Essen der Landessozialgerichtsrat Rudolf Kühne in der Volkshochschule Essen zu dem Thema: "Die Gewissensfreiheit, ihr Inhalt, ihre Entstehung und Entwicklung".

Lebhaftes Interesse an Gefängniskursen in Frankfurt

Das seit November von der HU-Projektgruppe Gefangenenbildung im Gustav-

Radbruch-Haus angebotenen Kürsprogramm findet lebhatten Zuspruch. Z. Zibestehen Gruppeh für "Behördenkunde", "Recht im Alltag", Englisch (für Anfänger und Fortgeschrittene) sowie Maschinenschreiben. Weitere Lehrkräfte willkommen. Nähere Auskünfte erteilt K. Scheunemann. Tel. 56 18 04. Werweiß Arbeitsstellen für Entlassene?

Die aus einer Projektgruppe der HU hervorgegangene, Inzwischen selbständige "Frauenaktion 70" ist selt ihrer Gründung mehrfach mit der Forderung nach Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs an die Öffentlichkeit getreten und in dieser Angelegenheit auch in Bonn vorstellig geworden. In der Vorwelhnachtszeit appellierte die Gruppe mit Hilfe von Flugblättern an alle Eltern, Spielzeug nicht "geschlechtsspezifisch" auszuwählen, um der Rollenfixierung entgegenzuwirken. Z. Zt. arbeitet die Gruppe an einer Stellungnahme zur geplanten Neuregelung des Scheidungsrechtes. Der Jahn-Entwurf soll im Grundsatz befürwortet aber in seinen Konzessionen an die Verfechter traditionalistischer Ehevorstellungen kritisiert werden.

Für das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und gegen hierarchische Strukturen im Krankenhaus hat sich der Ortsverband der HU im Zusammenhang mit dem "Fall" Mausbach/Ungeheuer ausgesprochen. An OB Walter Möller wurde der Appell gerichtet, sich für die Ablösung des bisherigen Krankenhaus-Leitungssystems durch kolleglale Organe einzusetzen, bestehend aus je 30 % Vertretern der Arzteschaft, der Stadt und des Pflegepersonals sowie 10 % Vertretern der Dauerpatienten. Mehrere der HU angehörende Arzte solldarisierten sich mit Dr. Hans Mausbach.

HU Kindergarten in Hamburg?

Am 18. Febr. sprach in Hamburg Dr. Bernd Fittkau, Dozent am Psychologischen Institut der Universität zu dem Thema: "Autoritäre Erziehung? Nein! — Aber welche Alternativen?". Bei dieser Gelegenheit behandelte der Ortsverband Probleme der Kindergartennot und diskutierte die Möglichkeiten eines HU-initlierten Kindergartens.

Neukonstitulerung des Ortsverbandes Hanau

Mitglieder des Ortsverbandes Hanau trafen sich am 15. 2. 71 und wählten zum neuen Vorsitzenden des Ortsverbandes Herrn Dr. Edgar Thielemann, 645 Hanau, Freigerichtstr. 82.

Alle Mitglieder der Humanistischen Union, die in der Umgebung von Hanau wohnen, und bisher zum Teil sich zum Ortsverband Frankfurt zählten, werden hiermit aufgefordert, im Falle ihres Interesses sich mit dem Ortsverbandsvorsitzenden in Hanau in Verbindung zu setzen und ihre Mitgliedschaft beim Ortsverband Hanau zu erklären.

Neuwahl In München

Die Mitglieder des Ortsverbandes München wählten am 18. Februar 1971 Prof. Dr. Ulrich Sonnemann erneut zum Vorsitzenden des Ortsverbandes. Weiterhin beschloß die Mitgliederversammlung die Tätigkeit der Arbeitskreise des Ortsverbandes zu intensivieren. Dieser Beschluß beruhte auf dem Tätigkeitsbericht der aktiven Arbeitskreise "Mutter, Kind und Krankenhaus", "Mitbestimmung" und "Vorschulerziehung".

Aktion "Kleine Klasse"

HU-Mitglieder aus Rüsselsheim und dem Landkreis Groß-Gerau wählten zum neuen Vorsitzenden Walter Reber, 609 Rüsselsheim, Danziger Straße 34. In einer Mitgliederversammlung wurden Schwerpunkte für die künftige Arbeit festgelegt. Von HU-Mitgliedern wurde eine "Aktion kleine Klasse" gestartet, der sich Hausfrauenverband, GEW, Schulelternbeiräte und ein Bürgerausschuß angeschlossen haben. Hierzu lieferte die Humanistische Union die ersten Flugblätter. Die gemeinsame Aktionsgemeinschaft ist inzwischen zu einem wichtigen Faktor in der schulischen Entwicklung der Opelstadt geworden. Die von örtlichen HU-Mitgliedern gestartete Unterschriftenaktion erbrachte 2500 Unterschriften für die "Aktion kleine Klasse". Außerdem arbeiten HU-Mitglieder leitend in der Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz in Astheim/Trebur und der Aktionsgemeinschaft gegen Umweltzerstörung in Rüsselsheim/Raunheim mit. Weiterhin gab die Humanistische Union die Anregung zur Gründungeines örtlichen Presseclubs, in dem sich Journalisten des Landkreises Große Gerau zu aktuellen Gesprächen treffen.

Schmutzige Allesbrenner

Dicke schwarze Schwaden aus den Auspuffrohren gewisser amerikanischer Armeefahrzeuge in Oberursel und Eschborn haben die kürzlich gegründete Regionalgruppe Vordertaunus der Humanistischen Union zu einer Anfrage an den Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Best, veranlaßt, ob solche Luftverschmutzung widerspruchslos hingenommen werden müsse. Die amerikanischen Fahrzeuge seien entgegen deutschen Bestimmungen mit Motoren ausgestattet, die als sogenannte Allesbrenner mit verschiedenen Treibstoffen, Olen und Abfallprodukten betrieben würden. Eine vorangegangene Anfrage an das Bundesgesundheitsministerium hatte ergeben, daß auf Kraftfahrzeuge ausländischer Streitkräfte deutsche Vorschriften dann nicht angewendet würden, wenn sie den Vorschriften des jeweiligen Entsendelandes entsprächen. Die Humanistische Union hat Minister Best ihre Zweifel ausgedrückt, ob derart die Luft verpestende Fahrzeuge innerhalb amerikanischer Städte anzutreffen seien.

Neuwahl in Wiesbaden

Der Ortsverband Wiesbaden wählte auf seiner Mitgliederversammlung zum neuen Vorsitzenden Herrn Ulrich Dymanski, 6209 Wambach, Im Rötchen 9. Der Ortsverband will in seiner weiteren Arbeit sich vor allem mit dem Problem des Bodenrechts unter dem Gesichtspunkt der Sozialbildung und dem zu erwartenden Städtebauförderungsgesetz beschäftigen.

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz.
Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 28. 2. 1971
Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678. Postscheck München 104200.

Diesen Mittellungen liegen der Stimmzettel zur Delegiertenwahl 1971 und ein Abstimmungsumschlag bei.